

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Für Aufwertung und internationales Realignment: Der Sachverständigenrat legt das Jahresgutachten 1968 vor

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1968) : Für Aufwertung und internationales Realignment: Der Sachverständigenrat legt das Jahresgutachten 1968 vor, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 12, pp. 676-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133914>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Für Aufwertung und internationales Realignment

Der Sachverständigenrat legt das Jahresgutachten 1968 vor

Auch die salbungsvollen, lobenden Worte, mit denen das Wirtschaftsministerium die Veröffentlichung des fünften Jahresgutachtens begleitete, werden die vier Gutachter kaum über zwei Dinge hinwegtrösten: Darüber, daß die Veröffentlichung ihres Gutachtens trotz höchster Aktualität zu lange verzögert wurde, und darüber, daß auch diese Bundesregierung sich „aus den der Öffentlichkeit bekannten Gründen“ (?) nicht für eine der von den Sachverständigen aufgezeigten Strategien entschied.

Zwar räumen die Gutachter ein, daß man „eine Senkung der Umsatzausgleichsteuer — ob sie nun isoliert vorgenommen wird oder in Verbindung mit einer Verminderung der Ausfuhrückvergütungen — als (partielle) Aufwertung auffassen“ (Ziff. 226) könne. Doch kämen hier Maßnahmen zum Einsatz, „die die marktwirtschaftliche Ordnung bei uns und in anderen Ländern bis an die Grenzen ihrer Funktionsfähigkeit strapazieren“ (Ziff. 278). Man sagt voraus, daß sie „nur für begrenzte Zeit in Kraft bleiben können, und — von wenigen Ausnahmen abgesehen — meist von Wechselkursänderungen abgelöst“ (Ziff. 226) werden. Und Gutachter Giersch prognostiziert, daß die Bundesregierung auf diese Weise wohl noch bis zu den Wahlen „über die Runden“ kommen werde, daß aber spätestens dann die Frage der außenwirtschaftlichen Absicherung erneut überdacht werden müsse.

Unter diesem Aspekt wird das Jahresgutachten 1968 dann doch noch eine wertvolle Arbeitsgrundlage sein. Die Gutachter selbst weisen zwar darauf hin, daß auch ihre Untersuchungen nicht absolut richtig sein müssen, verzichten aber

nicht auf den Hinweis, daß sie ihnen eine „größere Wahrscheinlichkeit beimessen als allen anderen“ (Ziff. 10 Vorwort). Die mit Akribie ausgearbeiteten Strategien wirtschaftspolitischen Verhaltens werden „ohne jede ‚Vorliebe‘ für irgendeine Alternative ‚vorgelegt‘, es sei denn für die, die die gesetzlichen Ziele gleichzeitig zu erfüllen die Chance böten“ (Ziff. 12 Vorw.). Und daran, daß es Maßnahmen gibt, dem Idealzustand von Preisstabilität, hohem Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und stetigem, angemessenem Wirtschaftswachstum näher zu kommen als bisher, wird kein Zweifel gelassen.

Wieder einmal hat sich die Außenwirtschaft als Hauptstörfaktor im volkswirtschaftlichen Systemzusammenhang erwiesen. „Durch die Rezession hat sich die Bundesrepublik vom internationalen Konjunkturzusammenhang gelöst; damit hat sich dann auch der internationale Preiszusammenhang gelockert“ (Ziff. 80). Das internationale Konjunktur- und Preisgefälle führte 1968 zu unerwünscht hohen Überschüssen in der Leistungsbilanz. Die Chancen ihrer längerfristigen Neutralisierung durch erhöhte „nicht-autonome“ (das heißt allein Zahlungsbilanz-bedingte) Kapitalexporte werden von den Gutachtern als äußerst gering angesehen (Ziff. 87, 195).

Für das kommende Jahr rechneten die vier Weisen — noch in Unkenntnis der „Ersatzaufwertung“ — mit einer Fortsetzung der Entwicklung von 1967/68. Expansive Impulse wurden vor allem von einer voll aufblühenden Investitionskonjunktur und einem unvermindert starken Exportog erwartet.

Preissteigerungen und eine weitere Verzerrung der Produktions- und Nachfragestruktur zugunsten der Exportbranchen und zu Lasten der Binnenwirtschaft wären zwangsläufig die Folge gewesen. Zur Vermeidung dieser Fehlentwicklungen zeigt der Rat fünf Strategien auf, von denen die erste (verstärkte Binnennachfrage mit Anpassungsinflation) selbst als phantastisch, die zweite (verstärkte Binnennachfrage ohne Anpassungsinflation) als heroisch angesehen wurde und die fünfte (konjunkturpolitisches Laissez-Faire) nicht ernsthaft zur Debatte stand. Die vierte Möglichkeit (konjunkturdämpfende Aufwertung) hat den Nachteil, daß sich bei ihr das Problem einer weiteren Absicherung sehr schnell von neuem stellen dürfte. Daher lagen und liegen die Sympathien der Gutachter offensichtlich bei ihrem dritten Vorschlag, einer durch entsprechende flankierende Maßnahmen ergänzten konjunkturneutralen Aufwertung.

Aber während man früher die Lösung der Währungsprobleme in der Einführung flexibler Kurse gesehen hatte, konzentrieren sich die Vorschläge jetzt vor allem auf die Erweiterung der Bandbreiten und letztlich auf eine Neufestsetzung der längst verfälschten Paritäten (Ziff. 222). Obwohl der Rat selbst die Chancen für ein derartiges Realignment als nicht gerade günstig ansieht, hat er damit wohl doch den Weg gewählt, der langfristig am ehesten Erfolg verspricht. Zur Zeit hat es jedenfalls den Anschein, als wenn Politiker und Wissenschaftler in diesem Punkte doch noch Einigung erzielen könnten.

Dietrich Kobschull